



Halbzeit

Eine Zwischenbilanz
der großen Koalition

Aktualisierte Auflage

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Halbzeit

Eine Zwischenbilanz
der großen Koalition

Aktualisierte Auflage

Vorwort

Neue Herausforderungen annehmen

Deutschland steht vor der größten Herausforderung der Nachkriegszeit. Hunderttausende Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder Afrika suchen in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung, sehr viele kommen aber auch aus wirtschaftlicher Not. Die große Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt sich dieser Herausforderung – unter anderem mit der größten Asylreform seit den 1990er Jahren.

Allein kann die Bundesregierung das Problem allerdings nicht lösen. Die Fluchtursachen müssen beseitigt werden, so schwer das auch ist.



Volker Kauder
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

Angesichts der Flüchtlingsbewegung ist es beruhigend zu wissen, dass die Koalition in der ersten Hälfte der Wahlperiode mit finanzpolitischer Stabilität und dem Verzicht auf Steuererhöhungen die Voraussetzung für eine gute konjunkturelle Entwicklung geschaffen hat. Die Wirtschaft wächst; die Zahl der Beschäftigten bewegt sich auf Rekordniveau.

Die wirtschaftliche Zukunft des Landes ist ein Hauptthema der Unionsfraktion in dieser Wahlperiode. Wir widmen uns ihm in einer eigenen Veranstaltungsreihe. Auf europäischer Ebene haben wir uns vehement für die Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum eingesetzt. In unserem Land haben wir die Investitionen in Bereiche erhöht, die für die wirtschaftliche Entwicklung grundlegend sind – vor allem in die Verkehrsinfrastruktur und die Breitbandnetze. Forschung und Wissenschaft werden stark gefördert, damit Deutschland eine gute Zukunft hat.

Weiterhin stehen außenpolitische Herausforderungen im Fokus unserer Politik – nicht zuletzt, weil sie unsere Sicherheitsinteressen berühren wie der islamistische Terror in Nahost. Das haben die jüngsten Terroranschläge gezeigt. Gemeinsam mit unseren Verbündeten verteidigen wir unsere Freiheit und unsere Werte. Und wir arbeiten maßgeblich mit an einer Befriedung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine.

Wolfgang Kerber

Inhalt

- 2 Vorwort
Neue Herausforderungen annehmen
- 7 Flüchtlingszustrom bewältigen
- 9 Asyl- und Ausländerpolitik
europäisch verstehen
- 11 International Verantwortung
übernehmen
- 13 Für das Menschenrecht auf
Religionsfreiheit
- 15 Den Euro und Europa weiter stärken
- 17 Bürger vor Terror schützen
- 19 Mit soliden Finanzen die Zukunft
gestalten
- 21 Wachstumskräfte weiter freisetzen
- 23 Mit Industrie 4.0 den Wohlstand
sichern

- 25 **Kontinuierlich mehr Ausgaben
für Bildung und Forschung**
- 27 **Investitionen in Straßen, Schienen
und Breitbandnetze erhöhen**
- 29 **Wohnraum muss bezahlbar bleiben**
- 31 **Die Energiewende voranbringen**
- 33 **Mütterrente aufgestockt –
Mindestlohn eingeführt**
- 35 **Mehr Geld für die Pflege**
- 37 **Junge Ärzte aufs Land**
- 39 **Familie und Kinder unterstützen**
- 41 **Frauen fördern und schützen**
- 43 **Gesunde Lebensmittel – Mehr Tierwohl**
- 44 **Bundestagsdrucksachen**
Auswahl aus der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode
- 46 **Impressum**



Flüchtlingszustrom bewältigen

Der immense Zustrom an Flüchtlingen ist für Deutschland eine der größten Herausforderungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Unionsfraktion bekennt sich zu der Verpflichtung, diejenigen aufzunehmen, die bei uns Schutz vor Verfolgung oder Krieg suchen. Flüchtlinge, die eine Bleibeperspektive haben, sollten auf der Grundlage unserer Werteordnung integriert werden. Menschen, die aus wirtschaftlichen Motiven kommen, müssen das Land aber wieder verlassen.

Ziel der Unionsfraktion ist es, die Zuwanderung zu ordnen und zu steuern und so letztlich auch die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Zu diesem Zweck hat die Koalition die größte Reform des Asylrechts seit den 1990er Jahren in Kraft gesetzt. Vorgesehen ist unter anderem eine beschleunigte Rückführung von Asylbewerbern, die nicht schutzbedürftig sind. Auch werden die Anreize für Flüchtlinge ohne Asylgrund reduziert, nach Deutschland zu kommen. Sechs Balkanländer wurden inzwischen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Je nach Entwicklung der Lage erwägt die Unionsfraktion weitere Maßnahmen.



Asyl- und Ausländerpolitik europäisch verstehen

Weltweit fliehen Menschen vor Konflikten aus ihrer Heimat. Die meisten Flüchtlinge suchen Schutz in angrenzenden Staaten, viele machen sich aber auch auf den Weg nach Europa. Europa wird die Flüchtlingskrise nur dann bewältigen, wenn es seine Werte bewahrt und sich solidarisch zeigt.

Zurzeit nehmen wenige EU-Mitgliedstaaten, darunter an erster Stelle Deutschland, rund 90 Prozent der Schutzsuchenden auf. Die Unionsfraktion fordert ein gemeinsames europäisches Asylrecht sowie eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten nach festen Quoten.

Außerdem setzt sich die Unionsfraktion für einen strikten Schutz der EU-Außengrenzen ein. Die bereits beschlossenen Aufnahme- und Verteilzentren in Griechenland und Italien sollen noch Ende 2015 arbeitsfähig sein. Dort sollen die Schutzbedürftigen schnell registriert und europaweit verteilt werden. Nicht Schutzbedürftige hingegen müssen in die Herkunftsländer zurückgeführt werden.



International Verantwortung übernehmen

Die Zahl der Krisen und Konflikte auf der Welt hat in den vergangenen zwei Jahren stark zugenommen: von der Ukraine über Irak und Syrien bis zum Nahen Osten. Noch vor Kurzem war unvorstellbar, dass Russland die Krim annektiert und im Osten der Ukraine Krieg führen lässt.

Deutschland muss seine Verantwortung als Mitglied der Europäischen Union, NATO-Partner und Teil der westlichen Gemeinschaft wahrnehmen – mit Mitteln der Diplomatie, der Entwicklungszusammenarbeit und der Sicherheitspolitik. Weil die Welt unsicherer geworden ist, macht sich die Unionsfraktion stark für eine Aufstockung des Verteidigungsetats. Auch die Unterstützung von Flüchtlingen in Krisengebieten und die Bekämpfung des Hungers ist ihr ein wichtiges Anliegen.

Die Unionsfraktion unterstützt die Kanzlerin bei ihren Bemühungen, den Frieden in der Ostukraine wiederherzustellen. Im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ hilft Deutschland den Kurden im Irak – mit Waffen und der Ausbildung daran.



Für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

Religionsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht und eines der Grundrechte, die weltweit am stärksten bedroht sind. Vor allem Christen leiden unter Verfolgung. Besonders verfolgt sind sie in Ländern, in denen die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind – beispielsweise in Nordnigeria, wo die Terrorgruppe Boko Haram wütet, oder in den Teilen des Iraks und Syriens, die vom Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ beherrscht werden. Auch in anderen Bürgerkriegsgebieten geraten Christen immer öfter zwischen die Fronten.

Für die Unionsfraktion steht Religionsfreiheit seit langem ganz oben auf der Agenda – so auch in dieser Wahlperiode. Beispielsweise beteiligt sie sich an einem internationalen Zusammenschluss von Parlamentariern, die sich für Religions- und Bekenntnisfreiheit einsetzen. Auf Initiative der Unionsfraktion fand auch eine internationale Parlamentarierkonferenz im Umfeld der UN-Vollversammlung in New York statt. Die Vereinten Nationen wurden aufgefordert, die Verteidigung der Religionsfreiheit noch stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen.



Den Euro und Europa weiter stärken

Die Währungsunion steht wieder auf einer solideren Grundlage. Die von der Staatsschuldenkrise betroffenen Euro-Mitglieder Spanien, Irland und Portugal haben ihre Konsolidierungsprogramme bereits abgeschlossen und sind auf solidem Wachstumskurs. Zypern befindet sich auf gutem Weg. Dies zeigt, dass die Verknüpfung von Solidarität und Eigenleistung, für die die Unionsfraktion immer eingetreten ist, richtig war.

In Griechenland ist die Ausgangslage ungleich schwieriger, aber auch hier gilt: Hilfen werden nur unter der Bedingung gewährt, dass Athen die vereinbarten Reformen umsetzt. Leistung ohne Gegenleistung kann es nicht geben. Griechenland muss die Bedingungen des dritten Hilfspakets Punkt für Punkt erfüllen.

Mit Blick auf die Banken, die die internationale Finanzkrise ausgelöst hatten, hat die EU vorgesorgt: Künftig müssen zunächst Eigentümer und Gläubiger Banken retten, die in Schieflage geraten – und nicht die Steuerzahler.



Bürger vor Terror schützen

Der islamistische Terror bleibt die größte Herausforderung für die innere Sicherheit. Nach den Anschlägen von Paris stellen wir unsere Sicherheitsmaßnahmen nochmals auf den Prüfstand. Allerdings hat die Koalition bereits einiges getan: So kann Dschihadisten, die in Kampfgebiete ausreisen wollen, nun der Personalausweis entzogen werden. Zudem steht bereits der Versuch unter Strafe, für eine Terrorausbildung aus Deutschland auszureisen.

Außerdem geht die Unionsfraktion mit einem Bündel an Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität vor – von der Aufstockung der Bundespolizei über eine effektivere internationale Zusammenarbeit bis hin zur Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung.

Die Union hat auch endlich eine Mindestspeicherfrist für Verbindungsdaten durchgesetzt. So werden die Ermittlungen bei besonders schweren Straftaten erleichtert. Dem Datenschutz und der Datensicherheit werden dabei Rechnung getragen. Auch das Strafrecht bei Kinderpornografie wurde verschärft.



Mit soliden Finanzen die Zukunft gestalten

Zum ersten Mal seit über 40 Jahren kam der Bund 2014 ohne neue Schulden aus. Das soll auch in diesem und den nächsten Jahren so bleiben. Das seit langem verfolgte Ziel der Unionsfraktion – mit den Einnahmen auszukommen, ohne neue Schulden zu machen und ohne die Steuern zu erhöhen – wurde damit erreicht. Somit ist Deutschland Vorbild in Europa.

Die Unionsfraktion investiert aber auch in die Zukunft. Im Bundeshaushalt 2015 sind für Investitionen rund 30 Milliarden Euro vorgesehen. In den Jahren 2016 bis 2018 will die Koalition zusätzliche zehn Milliarden Euro in die Infrastruktur und die Energieeffizienz investieren. Die Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen wird mit weiteren fünf Milliarden Euro gestärkt.

Auch in den Bereichen Soziales, Familie und Bildung unterstützt der Bund Länder und Kommunen Jahr für Jahr mit mehreren Milliarden Euro.



Wachstumskräfte weiter freisetzen

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist das Ergebnis einer klugen Wachstumspolitik – ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen. Diese Politik kommt bei den Bürgern an: Noch nie hatten so viele Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz, und die Realeinkommen wachsen. Mit der Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, der Anhebung des Kindergeldes und des Freibetrages für Alleinerziehende sowie dem Abbau der kalten Progression bleibt den Bürgern mehr Netto vom Brutto.

Gleichzeitig schützt die Koalition die Kleinanleger und stärkt die Rechte der Bankkunden. Die Bürokratiebremse begrenzt die Dokumentationspflichten und damit die Belastungen für die Wirtschaft. Gläubiger werden zudem vor unangemessenen Belastungen durch Insolvenzanfechtungen geschützt.

Deutsche Unternehmen sind auf den globalen Märkten zu Hause. Dafür sind ein freier Zugang zu den Kunden und gleiche Produktstandards Voraussetzung. Die Unionsfraktion unterstützt deshalb Freihandelsabkommen – beispielsweise mit Kanada und den USA.



Mit Industrie 4.0 den Wohlstand sichern

Die Digitalisierung der Produktionsprozesse ist für Deutschland Chance und Herausforderung zugleich. Nur wenn der Übergang zur sogenannten Industrie 4.0 gelingt, wird Deutschland seinen Wohlstand sichern können. Mit der Digitalen Agenda und der neuen Hightech-Strategie nimmt die Bundesregierung entsprechende Weichenstellungen vor. Denn Deutschland soll ein guter Standort für Gründer sein. Junge Startups sollen sich leichter Wagniskapital beschaffen können und nicht mit Bürokratie überladen werden.

Damit die Digitalisierung gelingt, werden bis 2018 deutschlandweit schnelle Kommunikationsnetze aufgebaut. Das ist der Fraktion besonders wichtig, auch wegen der Zukunft des ländlichen Raumes. Der Austausch der Daten muss aber sicher sein. Das IT-Sicherheitsgesetz ist hier ein erster wichtiger Schritt. Für einen besseren Schutz der Bürger vor Cyberkriminalität werden die Telekommunikationsanbieter in die Pflicht genommen. Am Ende sollen im gesamten EU-Binnenmarkt einheitliche Regelungen für die Datensicherheit gelten.



Kontinuierlich mehr Ausgaben für Bildung und Forschung

Bildung und Forschung sind die Quellen unseres Wohlstands. Unter den unionsgeführten Bundesregierungen wurde das Budget für Bildung und Forschung seit 2005 verdoppelt. Heute gehört Deutschland bei Forschung und Innovation weltweit zur Spitze. Bildungschancen wurden spürbar verbessert, die berufliche Bildung ist vorbildlich.

Die Zahl der Studienanfänger und Studierenden hat Rekordhöhen erreicht. Daher schafft der Bund mit den Ländern zusätzliche Studienplätze und investiert hierfür bis 2023 rund 20 Milliarden Euro. Auch in der Ausbildungsfinanzierung engagiert sich der Bund mehr als je zuvor. Seit Anfang 2015 entlastet er durch die vollständige Übernahme der BAföG-Kosten die Länder um jährlich 1,17 Milliarden Euro. Damit kein junger Mensch aus finanziellen Gründen auf eine Ausbildung verzichten muss, wird 2016 das BAföG erhöht. Der Kreis der BAföG-Empfänger wird deutlich erweitert.

Die Koalition hat außerdem das Grundgesetz geändert. Seit 2015 kann der Bund mit den Ländern Hochschulen in Fällen überregionaler Bedeutung nun dauerhaft fördern.



Investitionen in Straßen, Schienen und Breitbandnetze erhöhen

Nur mit einer flächendeckend gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und schnellen Breitbandnetzen bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Die Unionsfraktion hat sich daher für eine Erhöhung der Investitionen eingesetzt. So sollen in dieser Wahlperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich für Straßen, Schienen und Wasserstraßen ausgegeben werden. Ab 2016 werden weitere 3,1 Milliarden Euro mobilisiert, 2018 und 2019 abermals je 825 Millionen.

Der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur kommt auch die Ausweitung der Lkw-Maut mit jährlich rund 380 Millionen Mehreinnahmen zugute. Wenn die Lkw-Maut 2018 auf alle Bundesstraßen ausgeweitet wird, stehen nochmals 2,1 Milliarden zur Verfügung. Die Fraktion bekennt sich zur Einführung einer Pkw-Maut.

Mit einem Förderprogramm in Höhe von rund 2,1 Milliarden Euro leistet der Bund erstmalig einen nennenswerten Beitrag zum Breitbandausbau. Die Fraktion hat sich bei der Konzeption insbesondere für eine verstärkte Förderung des Netzausbaus im ländlichen Raum stark gemacht. Außerdem steht der Anschluss von Gewerbegebieten mit Glasfasernetzen im Fokus.



Wohnraum muss bezahlbar bleiben

In Ballungsräumen und Universitätsstädten finden Mieter oft nur schwer bezahlbare Wohnungen. Die Koalition hat auf diese Situation reagiert. Mit der Mietpreisbremse stärkt sie die Rechte der Mieter, ohne Investoren vom Bau neuer Wohnungen abzuschrecken.

Der Bund arbeitet außerdem gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden an weiteren Maßnahmen, um die Voraussetzungen für mehr Investitionen in den Wohnungsbau zu verbessern. So werden bis einschließlich 2019 die Zuschüsse des Bundes zur sozialen Wohnungsförderung auf über eine Milliarde Euro erhöht. Bundesliegenschaften werden künftig für den sozialen Wohnungsbau verbilligt bereitgestellt. Ab dem 1. Januar 2016 wird außerdem das Wohngeld angehoben. Mit der Erhöhung der Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro jährlich unterstützt der Bund Städte und Gemeinden bei der Stadtentwicklung.

Nicht nur um Neubauten, auch um bestehende Gebäude kümmert sich die Koalition. Die Modernisierung von Häusern und ihre Dämmung zum Zweck der Energieeinsparung fördert der Bund.



Die Energiewende voranbringen

Strom in Deutschland muss verlässlich fließen und bezahlbar bleiben. Dies gilt auch unter dem Vorzeichen der Energiewende. Der Koalition ist es gelungen, die Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien zu stabilisieren. Gleichzeitig bringt die Koalition mehr Wettbewerb ins System: Ab 2017 soll der Markt die Höhe der Förderung bestimmen.

Wegen des steigenden Anteils der erneuerbaren Energien lassen sich konventionelle Kraftwerke kaum noch wirtschaftlich betreiben. Gas- und Kohlekraftwerke sind aber unverzichtbar, da die Sonne nicht immer scheint und der Wind nicht immer weht. Die Koalition arbeitet deshalb an einem Marktrahmen, der auch nach dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks im Jahr 2022 sicherstellt, dass ausreichend Strom erzeugt wird.

Energieeffizienz leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und schont den Geldbeutel. Einzelne Maßnahmen werden nun passgenauer und ab 2016 mit bis zu 1,16 Milliarden Euro jährlich zusätzlich gefördert. Die Unionsfraktion setzt auch hier auf Anreize statt auf Zwang.



Mütterrente aufgestockt – Mindestlohn eingeführt

Jede Frau in Deutschland verdient in gleicher Weise Anerkennung für ihre Erziehungsarbeit. Mit der Verbesserung der Mütterrente, für die sich die CDU/CSU-Fraktion eingesetzt hat, wird die Lebensleistung einer ganzen Generation von Frauen gewürdigt. Von der Aufstockung der Mütterrente profitieren gut neun Millionen Frauen, die vor 1992 Kinder großgezogen haben. Die Aufstockung um einen Entgeltpunkt bedeutet, bei ihrer Rente wird ihnen ein Jahr mehr Erziehungszeit angerechnet. Damit erhöht sich die Rente in Westdeutschland um 29,21 Euro pro Kind, das vor 1992 geboren wurde, im Osten des Landes um 27,05 Euro.

Die Koalition hat das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie und damit auch den Mindestlohn eingeführt. Für die Union gilt der Grundsatz: Leistung muss sich lohnen. Menschen sollen von ihrer Hände Arbeit leben können. Der Mindestlohn muss in der Verantwortung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bleiben. Seine Höhe hat das Parlament nur einmalig bestimmt. Ab jetzt legt die Mindestlohnkommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Zweijahres-Rhythmus den Lohn fest.



Mehr Geld für die Pflege

Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Menschen, die im Alter auf Pflegeleistungen angewiesen sein werden. Die Unionsfraktion hat dafür gesorgt, dass seit Anfang 2015 mehr Geld in die Pflege fließt. Dafür wurden die Beiträge zur Pflegeversicherung leicht angehoben. Die höheren Vergütungen kommen den Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und den Pflegekräften zugute. Für die geburtenstarken Jahrgänge wurde ein Vorsorgefonds angelegt, der dazu dient, dass die Beiträge zur Pflegeversicherung später nicht aus dem Ruder laufen. In Zukunft wird von der Pflegeversicherung auch erfasst, wer eine psychische oder geistige Beeinträchtigung hat, wer beispielsweise an Demenz erkrankt.

Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. Diese können die Pflege nun besser mit ihrer Arbeit vereinbaren. Für die kurzfristige Pflege eines Angehörigen können sie eine zehntägige Auszeit vom Job nehmen, während der sie Anspruch auf eine Lohnersatzleistung haben. Für die bis zu 24 Monate Familienpflegezeit besteht jetzt ein Rechtsanspruch auf ein zinsloses Darlehen.



Junge Ärzte aufs Land

Die medizinische Versorgung in Deutschland ist gut. Doch angesichts einer alternden Gesellschaft und einer zunehmenden Verstädterung steht das Gesundheitswesen vor Herausforderungen. Diesen stellt sich die Koalition – etwa indem sie weitere Anreize schafft, damit sich junge Ärzte in ländlichen Regionen niederlassen. Aus einem Innovationsfonds fließen Gelder in den Ausbau der Telemedizin oder die Versorgung älterer Menschen. Auch die Krankenhauslandschaft soll neu geordnet werden. Mit der Erhöhung der Mittel für Pflegekräfte wird die Qualität der Versorgung im Krankenhaus verbessert.

Außerdem baut die Koalition die Palliativmedizin und das Hospizwesen flächendeckend aus – sowohl ambulant als auch stationär. So soll Sterbenskranken in ihrer letzten Lebensphase geholfen werden.

Gleichzeitig soll Prävention nicht zu kurz kommen. In Kita, Schule und am Arbeitsplatz sollen Menschen angehalten werden, auf ihre Gesundheit zu achten. Die Leistungen der Krankenkassen für die Vorsorge werden verdoppelt.



Familie und Kinder unterstützen

So vielfältig Familien sind – die CDU/CSU-Fraktion bringt allen die gleiche Wertschätzung entgegen. Deshalb unterstützt sie Familien finanziell und strukturell so, dass sie ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Mit dem neuen Elterngeld Plus erhalten Mütter und Väter noch mehr Flexibilität bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Entscheiden sie sich für Teilzeitarbeit während des Erziehungsjahres, können sie das Elterngeld künftig bis zu 28 Monate beziehen.

Daneben unterstützt die Fraktion den Kita-Ausbau, den der Bund seit 2008 mit über 5,4 Milliarden Euro massiv fördert. Diese Summe wurde kürzlich noch einmal um 550 Millionen aufgestockt. Bis 2018 werden weitere 100 Millionen Euro bereitgestellt.

Weil alleinerziehende und gleichzeitig erwerbstätige Mütter oder Väter in ihrem Alltag vor besonderen Herausforderungen stehen, wird der steuerliche Entlastungsbetrag für sie nun deutlich angehoben. Er wird künftig nach der Kinderzahl gestaffelt sein. Auch Kindergeld und Kinderzuschlag werden erhöht.



Frauen fördern und schützen

Mehr Frauen in Führungspositionen – dies ist für die CDU/CSU-Fraktion ein ebenso zentrales Anliegen wie für die Wirtschaft. Deshalb hat sie sich für die Frauenquote eingesetzt. Bei der konkreten Regelung hat die Unionsfraktion auf Flexibilität und Rechtssicherheit für die Unternehmen geachtet. Mittelständische Unternehmen können sich eigene, passgenaue Ziele setzen, wie sie den Anteil von Frauen in Führungspositionen steigern wollen. Mit der festen Quote von 30 Prozent in Aufsichtsräten bei börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen setzt die Koalition aber ein Zeichen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt für die Fraktion ist Lohngerechtigkeit. Die Ursachen dafür, dass Frauen und Männer bisweilen für die gleiche Tätigkeit noch immer nicht den gleichen Lohn erhalten, müssen aufgedeckt und beseitigt werden.

Im Kampf gegen Fremdbestimmung in der Prostitution setzt sich die Fraktion für eine bessere Kontrolle sowie mehr Schutz und Hilfe für die Betroffenen ein, insbesondere für die unter 21-Jährigen.



Gesunde Lebensmittel – Mehr Tierwohl

Die Land- und Ernährungswirtschaft ist die fünfgrößte Branche in Deutschland. Die Landwirte erzeugen nicht nur gesunde und bezahlbare Lebensmittel, sie leisten auch einen Beitrag zur Bewahrung unserer Kulturlandschaft und zur Attraktivität des ländlichen Raums. Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ein, für einen nachhaltigen Anbau von Lebensmitteln und für mehr Tierwohl in den Ställen.

Künftig soll es nach dem Willen der Unionsfraktion ein Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme geben. Bei der Produktion von Eiern und Geflügel sollen männliche Küken nicht mehr massenhaft getötet werden. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln muss verständlich und verlässlich sein.

Wichtig ist der Unionsfraktion auch der Kampf gegen Antibiotika-Resistenzen. Einige Antibiotika, die einst Leben retteten, sind bereits nutzlos geworden. Daher werden Maßnahmen ergriffen, um den unsachgemäßen Einsatz von Antibiotika in Human- und Tiermedizin zu reduzieren.

Bundestagsdrucksachen

Auswahl aus der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- 18/3697 Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr
- Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr, u.a. Resolute Support in Afghanistan, Ausbildung und Beratung der Peschmerga im Irak, Anti-Piraterie-Mission Atalanta am Horn von Afrika, Operation Active Endeavour im Mittelmeer

Innen und Justiz

- 18/3007 Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses
- 18/476 Erweiterung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung
- 18/4087 Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten
- 18/1528 Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten, Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber
- 18/1565 Änderung des Antiterrordateigesetzes
- 18/3831 Änderung des Personalausweisgesetzes, Einführung eines Ersatzdokuments
- 18/4096 IT-Sicherheitsgesetz
- 18/6186 Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren

Euro und Europa

- 18/2575 Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen
- 18/2577 Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes

Haushalt

- 18/1050 Haushaltsbegleitgesetz 2014
- 18/700 Bundeshaushalt 2014
- 18/2000 Bundeshaushalt 2015
- 18/5500 Bundeshaushalt 2016

Wirtschaft, Verbraucher und Digitales

- 18/1309 Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr
- 18/1772 Lebensversicherungsreformgesetz
- 18/3994 Kleinanlegerschutzgesetz

Forschung und Bildung

- 18/2663 Änderung des BAföG (Vollfinanzierung durch den Bund)
- 18/2710 Änderung des Grundgesetzes (erweiterte Bund-Länder-Kooperation Wissenschaftsbereich)

Bau, Energie und Verkehr

- 18/3121 Mietrechtsnovellierung (u.a. „Mietpreisbremse“)
- 18/1304 Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)
- 18/3418 Elektromobilitätsgesetz
- 18/3923 Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (Lkw-Mautsenkung, mehr Mautstrecken)

Arbeit und Soziales

- 18/1558 Stärkung der Tarifautonomie (Mindestlohn)
- 18/909 Leistungsverbesserungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung (u.a. „Mütterrente“ und Frührente für langjährig Versicherte)

Gesundheit und Pflege

- 18/1307 Weiterentwicklung der Finanzstruktur und Qualität der GKV
- 18/1798 Leistungsausweitung für Pflegebedürftige/Pflegevorsorgefonds
- 18/3124 Bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf
- 18/5926 Zweites Pflegestärkungsgesetz
- 18/5372 Krankenhausstrukturgesetz
- 18/5170 Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

Familie, Frauen und Kinder

- 18/3112 Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch
- 18/2601 Umsetzung europäischer Vorgaben zum Sexualstrafrecht
- 18/2586 Ausbau der Kindertagesbetreuung/Entlastung von Ländern und Kommunen
- 18/3784 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst (Quote)
- 18/2583 Elterngeld Plus

Landwirtschaft und Ernährung

- 18/1286 Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes und des Legehennenbetriebsregistergesetzes
- 18/908 Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe im Rahmen der GAP

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Kommunikation
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74
F 030. 2 27-5 01 46
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Gestaltung

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

Druck

Ruksaldruck, Berlin
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial
nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Umschlag: Corbis; S. 2: Laurence Chaperon; S. 6: Getty Images;
S. 8: Picture Alliance/dpa; S. 10: Picture Alliance/dpa; S. 12:
Ulrich Scharlack; S. 14: Getty Images; S. 16: Getty Images; S. 18:
Fotolia; S. 20: Thomas Koehler/photothek.net; S. 22: Thomas
Trutschel/photothek.net; S. 24: Getty Images; S. 26: Corbis;
S. 28: Fotolia; S. 30: Fotolia; S. 32: Ute Grabowsky/photothek.net;
S. 34: Thomas Imo/photothek.net; S. 36: Thomas Koehler/
photothek.net; S. 38: Getty Images; S. 40: Fotolia; S. 42: Fotolia

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Stand

November 2015



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht:
<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: „CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Halbzeit. Eine Zwischenbilanz der großen Koalition (Aktualisierte Auflage)“

Sie müssen einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

